

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i>		XXI
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	9	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	9	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	16	7
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	21	8
1. Der Dispositionsgrundsatz	22	8
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	23	9
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen	23	9
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	28	10
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	29	11
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	31	11
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens	33	12
6. Zeitgerechter Rechtsschutz	36	13
IV. Prozesshandlungen	37	14
1. Parteihandlungen	38	14
2. Prozesshandlungen des Gerichts	48	16
a) Überblick	48	16
b) Verschiedene Urteilsarten	53	17
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	63	19
V. Elektronische Datenverarbeitung und Verwaltungs- gerichtsbarkeit	69	21
VI. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens	71	22
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	71	22
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen	79	25
§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	83	26
I. Form und Inhalt der Klageschrift	85	27
II. Objektive und subjektive Klagehäufung	87	28
III. Die Klageänderung	93	29

§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 VwGO) .	97	31
I. Allgemeines	100	31
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	104	33
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	105	33
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten	107	34
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte	110	35
III. Das Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit	114	36
1. Die Subordinationstheorie	115	37
2. Die Interessentheorie	117	37
3. Die modifizierte Subjektstheorie	118	37
4. Abgrenzungsfragen	127	40
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	131	40
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	134	41
c) Die Rechtsnatur von Realakten	136	42
d) Die Abgrenzung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	138	44
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit . . .	139	44
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	142	45
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungs- gerichten vorbehaltene Streitigkeiten	144	46
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	148	49
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	151	50
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	154	51
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen . . .	157	53
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungs- gerichtsbarkeit	158	53
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	159	53
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	159	53
a) Der Aufopferungsanspruch	160	53
b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung	161	54
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten	162	55
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	164	55
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG)	165	56
VIII. Die Verweisung	171	57
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	177	59
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungs- gerichts	177	59
2. Sonderproblem Aufrechnung	181	60
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der Europäischen Union bzw supranationaler Organisationen	183	61

§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	189	64
§ 5 Die Anfechtungsklage	193	65
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	196	65
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage	200	66
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	200	66
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts	202	68
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs	205	69
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns	252	83
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	255	84
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	267	86
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche	269	86
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage	274	87
§ 6 Die Verpflichtungsklage	278	88
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	282	89
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	285	91
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	291	93
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	292	93
1. Drittklagen	293	94
a) Nachbarklagen	293	94
b) Konkurrentenklagen	294	94
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	302	99
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“	305	100
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	305	100
b) Die Ausnahmen	308	101
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	312	101
a) Meinungsüberblick	317	102
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungsklage	320	104
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	325	106
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie modifizierende Gewährungen	327	107
§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	332	108
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	335	109
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	336	109
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	345	112
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	346	113

1. Die Erledigung vor Klageerhebung	347	113
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	350	114
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	354	116
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	355	117
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	359	117
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	361	118
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungs- feststellungsklage	363	119
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	367	119
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	368	120
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	379	122
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	379	122
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	380	123
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	380	123
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungs- klage gegen Verwaltungsakte	381	124
3. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende untergesetzliche Rechtsnormen	389	126
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage ..	390	126
§ 9 Die Gestaltungsklagen	392	127
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	393	127
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage ...	397	128
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage .	401	129
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	404	130
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungs- klage	405	130
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	405	130
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse .	411	132
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse ..	414	133
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	420	135
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse	426	136
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	430	137
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	432	138
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	437	139
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel	437	139
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungs- feststellungsklagen	438	139

b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage . . .	441	140
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel .	442	141
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	445	142
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	449	143
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	454	144
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	456	145
§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	460	147
I. Allgemeines	460	147
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	462	147
III. Die örtliche Zuständigkeit	466	148
IV. Verweisung	468	148
§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit	470	149
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	472	149
1. Beteiligte	473	150
2. Die Beteiligungsfähigkeit	476	150
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	477	150
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	482	151
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	485	153
II. Die Beiladung	486	154
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung	486	154
2. Die einfache Beiladung	488	154
3. Die notwendige Beiladung	492	155
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung . .	495	155
III. Die Streitgenossenschaft	497	156
§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit .	500	157
I. Die Prozessfähigkeit	500	157
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	506	158
§ 14 Die Klagebefugnis	508	159
I. Allgemeines	512	160
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen	515	161
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	517	162
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	517	162
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	519	163
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	519	163
b) Die Begründung subjektiver Rechte	524	165
c) Die sog. Adressatentheorie	549	176
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	552	178

e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	562	183
f) Die Problematik der Verbandsklage	566	186
g) Der sog. Insichprozess	571	189
3. Klagebefugnis und das Recht der EU	575	190
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	578	192
§ 15 Die Prozessführungsbefugnis	584	194
I. Allgemeines	585	194
II. Die Regelung des § 78	589	195
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation ..	589	195
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	593	196
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	597	197
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	600	197
§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	603	198
I. Allgemeines	606	199
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	610	200
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1 ...	612	200
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	613	201
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	616	202
4. Die isolierte Anfechtungsklage	617	202
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	618	202
1. Das berechtigte Interesse	618	202
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	619	203
a) Allgemeines	619	203
b) Zweifelsfälle	620	203
3. Das berechtigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	626	205
a) Wiederholungsgefahr	627	206
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	629	206
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	630	206
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	632	207
e) Grundrechtseingriff	633	208
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte	634	208
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	635	209
1. Grundsätzlich kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts mit Wirkung ex nunc	636	209
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	638	209
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	639	210

4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw. effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	640	210
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	640	210
b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts	641	211
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren	642	212
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten	644	212
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	648	213
I. Der Streitgegenstandsbegriff	651	214
1. Einführung	651	214
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	653	214
a) Allgemeines	653	214
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	658	216
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	661	217
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	662	219
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	662	219
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit	664	220
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	665	220
1. Rechtskraft und Bestandskraft	665	220
2. Die formelle Rechtskraft	667	221
3. Die materielle Rechtskraft	668	221
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	669	221
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft	670	222
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe	674	223
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	678	224
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft	682	225
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	683	225
§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens	691	227
I. Allgemeines	694	227
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	694	227
2. Die Prüfung eines Widerspruchs	700	229
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	705	231
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	708	232
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	708	232
2. Ausnahmen	709	233
3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs	714	234
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage	718	235

IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	720	235
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	720	235
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	722	236
V. Die Widerspruchsfrist	725	237
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58	725	237
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist ..	735	242
VI. Das Widerspruchsinteresse	740	244
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	741	245
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	741	245
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	744	247
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	746	249
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO	750	249
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	751	250
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	752	250
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	753	251
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch	755	251
§ 19 Die Klagefrist	759	253
I. Der Anwendungsbereich des § 74	762	254
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74	764	255
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75)	775	258
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchsbescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt	775	258
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung	777	258
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	780	259
§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	786	263
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	791	263
II. Die gerichtliche Kontrolldichte	795	265
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensent- scheidungen	796	266
a) Ermessensüberschreitung	799	266
b) Ermessensnichtgebrauch	803	268
c) Ermessensfehlgebrauch	805	269
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum ...	809	269
a) Die Bedeutung der Problematik	809	269
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungs- spielraums	812	270

c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	813	271
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	816	271
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen	833	276
3. Planungs- und Regulierungsermessen	840	277
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2	842	279
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	846	280
1. Einführung in die Problematik	846	280
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	847	281
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	851	283
4. Die materiellrechtliche Problematik	857	285
a) Grundsätzliche materiellrechtliche Irrelevanz einer erst nach Abschluss des Verfahrens eingetretenen Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	858	285
b) Nachträgliches Rechtswidrigwerden eines rechtmäßig erlassenen Verwaltungsakts aufgrund einer nach Abschluss des Verfahrens eingetretenen Veränderung der Sach- oder Rechtslage	860	286
c) Nachträgliches Rechtmäßigwerden eines rechtswidrig erlassenen Verwaltungsakts	868	289
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache	872	292
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	872	292
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen	874	293
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid	877	294
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	878	295
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	878	295
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit	879	296
3. Die Aufhebung des Verwaltungsakts bei Anfechtungsklagen gem. § 42 Abs. 2 HS 1	880	296
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	881	297
1. Das Nachholen einer Begründung	881	297
2. Das Nachschieben von Gründen	882	297
a) Abgrenzung der Problematik	882	297
b) Kritik an der herrschenden Meinung	884	298
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	889	301
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	894	302
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	896	302
IX. Die Zustellung der Entscheidung	897	302

X. Die Vollstreckung der Entscheidung	898	303
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	904	304
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	907	304
1. Die Spruchreife	908	305
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts	911	305
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	912	305
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	915	306
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	919	307
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache ..	921	309
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Anspruch auf Vornahme des Verwaltungsakts ..	921	309
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	923	310
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	925	310
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	931	311
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	933	312
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	936	313
§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen	939	314
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	939	314
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	942	316
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	943	316
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47 ...	944	317
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	946	317
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle	947	318
1. Die Antragstellung	948	318
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	949	318
a) Bundesrechtlich statthafte oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrollen	951	319
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	952	321
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	956	323
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3	958	324
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	959	324
4. Die Antragsbefugnis	962	325
a) Die Antragsbefugnis gem. § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 und nach dem UmwRG	963	325

b) Die Antragsbefugnis von Behörden gem. § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 2	970	328
5. Der Antragsgegner	971	328
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse	972	329
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normen- kontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen sowie von Umweltvereinigungen	973	329
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normen- kontrollantrag einer Behörde	984	331
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	985	332
8. Antragsfrist	986	332
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	987	333
1. Allgemeines	987	333
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Unionsrecht	991	335
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs durch § 47 Abs. 3	993	335
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	993	335
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	994	336
4. Die Entscheidung des OVG	997	337
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	1000	338
§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	1003	340
I. Allgemeines	1011	341
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b	1012	342
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	1014	342
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	1022	344
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	1029	346
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	1035	347
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes .	1036	348
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten ...	1037	348
b) Unaufschiebbar Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	1040	349
c) Andere Fälle	1043	349
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	1045	350
a) Rechtsnatur und Bedeutung	1045	350
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	1048	350
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	1060	354
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	1061	355
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	1062	356
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	1063	356
a) Die Zulässigkeit des Antrags	1065	357
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	1077	360

c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1084	365
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1093	368
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungs- akts	1094	368
10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1098	370
a) Allgemeines	1098	370
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1099	370
c) Die Begründetheit des Antrags	1101	371
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a ..	1105	374
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1107	375
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1107	375
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1111	376
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1114	377
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1114	377
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1116	379
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	1122	381
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung	1123	382
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1125	383
1. Allgemeines	1125	383
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einst- weiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1127	384
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1128	384
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 ..	1129	385
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	1133	386
§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	1142	387
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1145	388
II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1146	388
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1147	389
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugs- akten	1148	390
2. Rechtsschutz durch verwaltungsgerichtliche Feststellungs- klagen	1156	392
a) Verschiedene Feststellungsklagen	1157	393

b) Die Klage auf Feststellung des (Fort-)Bestehens des Rechts	1161	395
3. Verbleibende Rechtsschutzlücken und deren Schließung ...	1163	396
a) Rechtsschutzlücken bei Vollzugsnormen	1163	396
b) Keine Schließung von Rechtsschutzlücken durch außerhalb des § 43 angesiedelte atypische Feststellungsklagen	1165	397
c) Die Klage auf Feststellung der Nichtberechtigung des Normgebers zum Erlass einer untergesetzlichen Norm ..	1166	398
d) Rechtsschutz gegen formelle Gesetze durch eine Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1168	399
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1170	401
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1172	402
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1172	402
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1173	402
IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1175	403
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsnormen	1175	403
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1176	404
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1178	405
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsvorschriften außerhalb des § 47 Abs. 6	1178	405
2. Vorläufiger Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1179	405
§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung sowie der Erledigungsrechtsstreit	1186	408
I. Allgemeines	1189	409
II. Der gerichtliche Vergleich	1190	409
III. Die Klagerücknahme gem. § 92	1194	410
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache ...	1199	411
V. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1203	412
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen	1203	412
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1205	413
3. Der Inhalt der Entscheidung	1208	414
§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1212	416
I. Der Begriff des Rechtsmittels	1212	416
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1215	416
1. Die Einlegung des Rechtsmittels	1215	416
2. Die Rechtsmittelberechtigten	1216	417
3. Die Beschwer	1217	417

4. Das Verbot der reformatio in peius	1220	417
5. Das Anschlussrechtsmittel	1222	418
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1224	418
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1231	420
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1233	420
III. Die Berufung	1235	421
IV. Die Revision	1237	421
V. Die Beschwerde	1240	422

<i>Sachverzeichnis</i>		423
------------------------------	--	-----